



Die SVP attackiert die FDP auf ihrem Kerngebiet «Wirtschaft»

Die konservative Partei erarbeitet zurzeit das umfassendste Wirtschaftspapier ihrer Geschichte.



**Sprechen Klartext:
Magdalena Martullo-
Blocher (SVP, rechts)
und FDP-Präsidentin
Petra Gössi (links).**

Keystone/Alessandro della Valle



VON OTHMAR VON MATT

Wer ein umfassendes Wirtschaftspapier der SVP sucht, muss bis ins Jahr 2002 zurückgehen. Damals veröffentlichte die Partei ein 30-seitiges Papier. Christoph Blocher prägte es stark. Er wurde 2003 in den Bundesrat gewählt.

14 Jahre später ist es Magdalena Martullo-Blocher, die Tochter des heutigen SVP-Strategiechefs, welche die Fäden von 2002 aufgenommen hat. Zusammen mit Thomas Aeschi und Thomas Matter, ihren Nationalratskollegen aus der Wirtschaftskommission (WAK), erarbeitet sie ein neues Wirtschaftspapier. Das bestätigen Martullo wie Aeschi. «Es ist das kompletteste Papier, das die SVP im Wirtschaftsbereich je erarbeitet hat», sagt Aeschi.

Die Crew um Martullo und Aeschi hatte am Dienstag mit Nationalrat Franz Grüter bereits ein SVP-Positionspapier zur Finanzpolitik vorgestellt. Anfang 2017 soll das Wirtschaftspapier folgen. Die SVP greift damit die FDP in ihren Kernthemen frontal an. Sie will die Nummer eins im bürgerlichen Lager werden bei Finanzen und Wirtschaft. Bisher war es der Freisinn, dem die Wähler die höchste Wirtschaftskompetenz zusprachen. Das zeigte die Selects-Studie «Eidgenössische Wahlen 2015» von Gregor Lutz. Darin hielten 50 Prozent der Wähler in der Wirtschaftspolitik die FDP für am kompetentesten - und nur 10 Prozent die SVP.

Das will die SVP angehen. Auch wenn Martullos Analyse bereits heute anders ausfällt. «Die SVP ist schon seit geraumer Zeit die wirkliche Wirtschaftspartei», sagt sie. «Wir setzen uns nicht nur für den liberalen Arbeitsmarkt, tiefe Abgaben und Steuern sowie weniger Bürokratie ein. Wir denken auch an die zahlreichen kleinen und mittleren Unternehmen in unserem Land.» Die Grundsatzpapiere der SVP Schweiz zur Finanzpolitik und zur Wirtschaftspolitik verdeutlichen dies.

Die FDP sei «in die Mitte gerückt und weniger wirtschaftsfreundlich», sagt Martullo. Das zeige sich etwa daran, dass die FDP zunehmend staatliche Eingriffe in den Arbeitsmarkt unterstütze. «Das sind meist linke Anliegen unter dem Deckman-

tel der «Frauenförderung» oder der «Schwarzarbeit», hält die Unternehmerin fest. «Grundsätzlich sagt die FDP zwar ebenfalls, das Staatswachstum müsse eingedämmt werden. Sobald es aber konkret wird, stimmt sie im Parlament anders.» Das sei bei der Energiestrategie 2050 so gewesen, die zu massiven Mehrausgaben des Staates führe. Bei Bildung und Forschung, der am stärksten wachsenden Ausgabenkategorie, «gibt es für die FDP offenbar keine Limite für Mehrausgaben», sagt Martullo. Auch in der Asyldebatte biete die FDP keine Hand für Lösungen, die zu weniger Zusatzkosten führten. Und bei der Entwicklungshilfe habe die SVP wegen der FDP keine Parlamentsmehrheit für tiefere Mehrausgaben erlangt.

Auch Aeschi richtet - indirekt - eine Spitze gegen die FDP. «Wir dürfen nicht locker lassen», sagt er, «weil sich bei Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann zu wenig tut bei Deregulierung, Abbau von Wirtschaftshindernissen und der Vereinfachung von Prozessen.» Schneider-Ammann ist FDP-Mitglied.

In der FDP kontert man die Kritik vehement. «Wenn die Masseneinwanderungs-Initiative eins zu eins umgesetzt wird, kostet dies die Wirtschaft enorm viel. Sie wird die notwendigen Arbeitskräfte nicht mehr finden», sagt FDP-Präsidentin Petra Gössi.

«Das ist wirtschaftsunfreundlich.» Zudem seien in der SVP die Ausgaben bei der Landwirtschaft «nach oben offen». Es sei generell «widersprüchlich, wenn die SVP die Wirtschaft im Inland fördere, aber gleichzeitig «grundsätzlich gegen Freihandelsabkommen» sei. Bei der Bildung habe die FDP den ETH-Investitionen zugestimmt, «weil die beiden ETH ja auch die Schweiz ausmachen». Es sei wichtig, Fachkräfte hier auszubilden. Gössi betont aber, «dass SVP und FDP aufeinander angewiesen sind, auch wenn ein bisschen Geplänkel dazugehört». Ähnlich äussert sich auch FDP-Nationalrat Albert Vitali. Die Finanzpolitik sei «ein ganz wichtiger Bereich in dieser Legislatur», sagt er. Doch jede Fraktion brauche Partner, um erfolgreich zu sein. «Der FDP ist diese Verantwortung bewusst und sie stellt sich hier



zur Verfügung. Dafür braucht es aber eine vernünftige, verhältnismässige Politik und nicht radikale Forderungen. Der Rasenmäher hilft nicht.» Was die Sonderausgaben im Asylbereich betreffe, stehe die SVP «nicht alleine da», sagt Vitali: «Wir sagen nicht Ja zu den 400 Millionen Sonderausgaben im Asylbereich. Das wäre ein Präjudiz gegen die Schuldenbremse.»

Die SVP selbst knüpft mit ihrem Wirtschaftspapier an die Zeit Mitte der 1990er-Jahre an, als Christoph Blocher und Walter Frey die FDP auf ihren Kerngebieten unter Druck setzten. Sie forderten eine handelspolitische Öffnung, weg von der EU, was im Papier von 2002 gipfelte.

Wann erarbeitete die FDP ihr letztes umfassendes Wirtschaftskonzept? Auf der Homepage lassen sich bis 2011 nur ein- bis vierseitige Kurzpositionspapiere, Resolutionen und Faktenblätter finden. Zu Einzelthemen wie Arbeitsplätze, Brexit, starker Franken, Bürokratie, Finanzen und Steuern. «Das letzte umfassende Wirtschaftspapier, «Liberale Rezepte für die Schweiz», stammt vom 31. Januar 2015», kontert Gössi. «Das war das 18-Punkte-Programm für die DV in Lugano.» Das Papier zur Frankenstärke habe den bürgerlichen Schulterchluss vom März 2015 massgeblich geprägt. Gössi: «12 der 13 Forderungen des Schulterchluss-Programms stammten aus diesem Papier.»